

RAHMENVEREINBARUNG

betreffend Unternehmensberatungsleistungen

zwischen

der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Karl-Marx-Straße 2, 14482 Potsdam,

nachfolgend "Auftraggeberin" genannt

und

<wird nach Zuschlagerteilung nachgetragen>,

nachfolgend "Auftragnehmer" genannt

Präambel:

Vor dem Hintergrund einer strategischen Neuausrichtung und der anstehenden Neuausschreibung von Unterstützungsleistungen externer (IT-)Dienstleister, soll das bestehende ERP-System der Auftraggeberin auf den Prüfstand gestellt werden. Um die Potenziale der Stiftung mit höchster Wirksamkeit und bestmöglicher Effizienz zu erschließen sowie dem Prinzip der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bestmöglich gerecht zu werden, ergibt sich für die Stiftung externer Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei vielfältigen Themen.

Dies vorausgeschickt, wird Folgendes vereinbart:

§ 1

Gegenstand der Rahmenvereinbarung

- 1.1 Gegenstand der Rahmenvereinbarung ist die Beratung der Auftraggeberin bei der Erarbeitung einer Strategie für die zukünftige Organisation ihrer Arbeitsprozesse sowie deren Unterstützung bei der praktischen Umsetzung.
- 1.2 Eine detaillierte Beschreibung der zu erbringenden Leistungen, deren Vergütung sowie Dauer und Ort der Leistungserbringung sind in der Leistungsbeschreibung und dem jeweiligen Einzelauftrag geregelt.

§ 2

Grundlagen der Rahmenvereinbarung

- 2.1 Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Parteien ergeben sich in folgender Reihenfolge aus:
 - dem jeweiligen Einzelauftrag,
 - den Regelungen dieser Rahmenvereinbarung,

- die den weiteren Vergabeunterlagen in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung, insbesondere den Bewerbungsbedingungen, der Leistungsbeschreibung sowie den Bieterfragen und Antworten mit Stand Ablauf der Angebotsfrist,
- dem bezuschlagten Angebot des Auftragnehmers, einschließlich der Anlagen zum Angebot,
- den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen („VOL/B“) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung.

§ 3

Vergabe der Einzelaufträge

- 3.1 Die Auftraggeberin ist in ihrer Entscheidung frei, Einzelaufträge nach dieser Rahmenvereinbarung abzurufen oder sie außerhalb dieser Rahmenvereinbarung gesondert in einem ordnungsgemäßen Vergabeverfahren zu vergeben. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Erteilung von Einzelaufträgen besteht nicht.
- 3.2 Möchte die Auftraggeberin aus dieser Rahmenvereinbarung einen Einzelauftrag erteilen, fordert sie den Auftragnehmer zur Abgabe eines Einzelauftragsangebots auf. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Auftraggeberin bzw. der von ihr bestimmten Stelle innerhalb der in der Aufforderung zur Abgabe eines Einzelauftragsangebots genannten Frist ein Einzelauftragsangebot auf Basis dieser Rahmenvereinbarung und den Angaben des Auftragnehmers in dem Preisblatt zu übermitteln. In dem Einzelauftragsangebot muss der Auftragnehmer insbesondere qualifizierte Berater gemäß dieser Rahmenvereinbarung und seinem Angebot ausweisen sowie eine Einsatzbegründung beifügen. Für die Erstellung des Einzelauftragsangebots erhält der Auftragnehmer keine gesonderte Vergütung.
- 3.3 Auf der Grundlage des Einzelauftragsangebots des Auftragnehmers werden die Parteien über die Vertragsmodalitäten, den Leistungsumfang und insbesondere die erforderliche Anzahl an Beratern verhandeln.
- 3.4 Die Beauftragung des Einzelabrufs bedarf der Schriftform (schriftliche Mandatierung). Vor der schriftlichen Mandatierung ist der Auftragnehmer grundsätzlich nicht berechtigt, mit der Auftragsdurchführung zu beginnen.

§ 4

Durchführung der Einzelaufträge und Leistungsänderungen

- 4.1. Der Auftragnehmer hat mit der Ausführung der durch den Einzelauftrag beauftragten Leistung sofort nach Abschluss des Einzelauftrags (schriftliche Mandatierung) zu beginnen.
- 4.2 Der Auftragnehmer unterliegt bei der Durchführung des Einzelauftrags und der Erfüllung seiner sonstigen Pflichten den Weisungen der Auftraggeberin.

- 4.3 Soweit dem Auftragnehmer zur ordnungsgemäßen Ausführung des jeweiligen Einzelauftrags erforderliche Angaben fehlen, wendet er sich zur Ermittlung der erforderlichen Angaben unverzüglich an die Auftraggeberin.
- 4.4 Änderungen innerhalb der beauftragten Leistungsteile auf Veranlassung der Auftraggeberin, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierungen hält, sind von der vertraglichen Leistung des Auftragnehmers umfasst.

§ 5

Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 5.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zur Gewährleistung der wirtschaftlichen und sicheren Aufgabenerledigung jederzeit vertrauensvoll mit der Auftraggeberin zusammenzuarbeiten, sie rechtzeitig zu informieren und sich mit ihr über Maßnahmen abzustimmen, die die vertragsgegenständlichen Leistungen im Regelungsbereich dieses Rahmenvertrages berühren. Alle Leistungen werden in enger Abstimmung mit der Auftraggeberin erbracht.
- 5.2 Die Leistungen des Auftragnehmers müssen dem jeweils zum Abschluss eines Einzelauftrags aktuellen Stand der Wissenschaft, dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Der Leistungsumfang, die Vergütung und die Termine werden in den abzuschließenden Einzelaufträgen spezifisch geregelt.
- 5.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche für den jeweiligen Einzelauftrag zu erbringenden Leistungen nach den Vorgaben der Auftraggeberin zu den Bedingungen des jeweiligen Einzelauftrages und dieses Rahmenvertrages fristgerecht und in der vereinbarten Qualität auszuführen. Hält der Auftragnehmer die Vorgaben für falsch oder nicht sachdienlich, so hat er dies der Auftraggeberin unter Darlegung seiner Gründe schriftlich mitzuteilen. Die Auftraggeberin und der Auftragnehmer werden sich bemühen, Einvernehmen herzustellen.
- 5.4 Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin auf deren Verlangen über nach diesem Vertrag geschuldete Leistungen sowie beeinträchtigende Ereignisse regelmäßig und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen. Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin darüber hinaus unverzüglich über alle wesentlichen Vorgänge, insbesondere wenn damit finanzielle oder die Auftragszeit verlängernde Folgen verbunden sein können, unaufgefordert schriftlich zu informieren.
- 5.5 Soweit der Auftragnehmer im Rahmen einer einzelvertraglichen Beauftragung im Rahmen der Vorbereitung oder Durchführung eines Vergabeverfahrens der Auftraggeberin tätig wird, haben die konkret beauftragten Mitarbeiter auf Verlangen der Auftraggeberin schriftliche Erklärungen zum Nichtvorliegen der Voraussetzungen für den Ausschluss einer mitwirkenden Person gemäß § 6 VgV abzugeben. Als Tätigkeit im Sinne dieses § 5.5 gilt jede Tätigkeit/Hilfstätigkeit im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines Vergabeverfahrens einschließlich eines etwaigen Nachprüfungsverfahrens.

5.6 Auftraggeberin und Auftragnehmer benennen die nachfolgenden verantwortlichen Ansprechpartner:

- Ansprechpartner des Auftragnehmers: <wird nach Zuschlagerteilung eingetragen>.
- Ansprechpartner Auftraggeberin: <wird nach Zuschlagerteilung eingetragen>.

Die Ansprechpartner müssen in der Lage sein, im Rahmen der Vertragserfüllung jederzeit verbindliche Erklärungen abzugeben. Zur Abgabe von rechtsgeschäftlichen Erklärungen sind sie nicht befugt und nicht verpflichtet.

5.7 Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Anregungen, Anordnungen oder Zustimmungen der Auftraggeberin nicht eingeschränkt. § 254 BGB (Mitverschulden) bleibt unberührt.

§ 6

Einsatz und Wechsel von Beratern

- 6.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Durchführung dieser Rahmenvereinbarung das von ihm in seinem Angebot benannte Beratungsteam einzusetzen oder Berater mit vergleichbarer, adäquater Qualifikation. Der Einsatz der Berater erfolgt einvernehmlich zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer.
- 6.2 Vor jedem Einzelauftrag hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin das für die konkrete Durchführung des Einzelauftrages vorgesehene Beratungsteam zu benennen und eine Einsatzbegründung vorzunehmen. Der Auftragnehmer muss Mitarbeiter, die im Rahmen eines Einzelauftrags tätig werden sollen und die nicht bereits im Angebot aufgeführt wurden, vor der Erteilung des Einzelauftrages der Auftraggeberin unter Vorlage von personenbezogenen Eignungsnachweisen vorstellen. Die Auftraggeberin hat das Recht, der Benennung von Beratern des Auftragnehmers aus wichtigem Grund nicht zuzustimmen bzw. erteilte Zustimmungen zu widerrufen, insbesondere, wenn diese nicht die erforderlichen Qualifikationen aufweisen. In diesen Fällen dürfen die betroffenen Berater nicht bzw. nicht länger im Rahmen des Auftrags eingesetzt werden. Sollte eine Ergänzung des Beraterteams für einen laufenden Einzelauftrag erforderlich sein, ist dies der Auftraggeberin unverzüglich anzuzeigen und ihre Zustimmung einzuholen.
- 6.3 Der Auftragnehmer hat die Kontinuität der Leistungserbringung und des Berateinsatzes zu gewährleisten. Ein Austausch der im Angebot benannten Berater sowie des für einen Einzelauftrag benannten Beratungsteams von Seiten des Auftragnehmers darf nur aus wichtigem Grund und nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere die Beendigung der Tätigkeit für den Auftragnehmer (z.B. Kündigung des Angestelltenverhältnisses) sowie deren langfristige oder unabsehbare krankheitsbedingte Unterbrechung.

- 6.4 Die Auftraggeberin ist berechtigt, den sofortigen Austausch eines oder mehrerer für die Leistungserbringung eingesetzten Berater zu verlangen, wenn die eingesetzte Person den Anforderungen nicht gerecht wird oder sonst ein wichtiger Grund vorliegt. Dem Auftragnehmer stehen in diesem Fall keine Ansprüche auf Schadensersatz, Verdienstausfall oder sonstige Zahlungen gegen die Auftraggeberin zu.
- 6.5 Bei einem Austausch des Beraters muss der Auftragnehmer unverzüglich einen anderen Berater benennen, der über eine seinem Vorgänger mindestens vergleichbare Qualifikation verfügen muss. Der Auftragnehmer übernimmt die durch den Austausch eines Beraters entstehenden Kosten. Dies gilt insbesondere für Einarbeitungsaufwände. Die Auftraggeberin darf die Leistungsfähigkeit des neuen Beraters prüfen; der Auftragnehmer muss dazu personenbezogene Eignungsnachweise vorlegen und, soweit von der Auftraggeberin gewünscht, eine persönliche Vorstellung veranlassen. Die Auftraggeberin kann ihre Zustimmung zu der Benennung des neuen Beraters wegen begründeter Bedenken versagen. Kann der Auftragnehmer keinen Berater mit vergleichbaren Qualifikationen benennen, ist die Auftraggeberin berechtigt, den Einzelauftrag außerordentlich fristlos zu kündigen. Stehen die im Angebot des Auftragnehmers benannten Berater dauerhaft nicht mehr zur Verfügung, ohne dass der Auftragnehmer einen vergleichbar qualifizierten Ersatzmitarbeiter benennen kann, kann auch diese Rahmenvereinbarung fristlos gekündigt werden.

§ 7

Unterauftragnehmer

- 7.1 Der Auftragnehmer kann die Leistungen durch die im Angebot festgelegten Unterauftragnehmer erbringen, wobei die Regelungen zum Einsatz und Wechsel von Beratern (§ 6) entsprechend gelten. Die Beauftragung zusätzlicher Unterauftragnehmer erfordert die schriftliche Einwilligung der Auftraggeberin.
- 7.2 Soweit der Auftragnehmer sich bei der Erfüllung seiner Pflichten eines Unterauftragnehmers bedient, hat er dafür durch geeignete vertragliche Abreden mit dem Unterauftragnehmer Sorge zu tragen, dass die der Auftraggeberin gemäß diesem Vertrag zustehenden Rechte nicht durch fehlende oder unzureichende Regelungen zwischen dem Auftragnehmer und seinem Nachunternehmer beeinträchtigt werden.

§ 8

Vergütung

- 8.1 Die Einzelaufträge werden jeweils als Dienstleistungsvertrag (als Werkvertrag oder als Dienstvertrag i.S.d. BGB) nach Aufwand mit Obergrenze (monatliche Abrechnung mit Leistungsnachweis) oder mit Festpreis geschlossen.
- 8.2 Für die innerhalb eines Einzelauftrags eingesetzten Berater (Projektmitarbeiter) des Auftragnehmers ist ein Leistungsnachweis anzufertigen. Die Tätigkeiten der eingesetzten Mitarbeiter müssen dabei einzeln und personenbezogen erfasst werden. Im Leistungsnachweis sind für jeden Arbeitstag die Zeiten mit Zuschlüsselung der Tätigkeiten auszuweisen.

- 8.3 Die Abrechnung erfolgt mindestens stundengenau auf der Grundlage der vereinbarten Tagessätze in Abhängigkeit von der Einstufung der eingesetzten Mitarbeiter (vgl. Preisblatt). Der Stundensatz beträgt ein Achtel des Tagessatzes; der Minutensatz ein Sechzigstel des Stundensatzes.
- 8.4 Vergütet wird die tägliche Netto-Arbeitszeit. Die tägliche Netto-Arbeitszeit wird aus der täglichen Brutto-Arbeitszeit abzüglich der Pausenzeiten berechnet. Die tägliche Brutto-Arbeitszeit ist diejenige Arbeitszeit, die zwischen den Anfangs- und Endzeiten liegt. Grundsätzlich darf die maximale Netto-Arbeitszeit von 10 Stunden nicht überschritten werden.
- 8.5 Liegt der Erfüllungsort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland werden Reise- und Nebenkosten nicht gesondert vergütet, sondern sind durch die Tagessätze mit abgegolten. Eine gesonderte Vergütung ist möglich, wenn im Einzelauftrag vereinbart wird, dass der Erfüllungsort außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt. Art und Umfang der Vergütung sind vor Abschluss des Einzelauftrags zwischen Bedarfsträger und Auftragnehmer festzulegen. In diesem Fall werden Reisekosten auf Nachweis nach dem Bundesreisekostengesetz erstattet. Die Reisekosten werden auf der Rechnung separat ausgewiesen. Eine Verrechnung mit den Tagessätzen ist ausgeschlossen. Für Reisekosten und andere Aufwände können alternativ auch einvernehmlich andere Regelungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer bei Einzelabrufen gefunden werden.
- 8.6 Reisezeiten sind grundsätzlich nicht abrechenbar. In Absprache mit der Auftraggeberin können diese anteilig als Arbeitszeit geltend gemacht werden, sofern der Auftragnehmer die Arbeitsleistung gegenüber der Auftraggeberin anhand von Arbeitsergebnissen nachweist. Sollten darüber hinaus zur Durchführung der in der Vereinbarung über einen Einzelabruf beschriebenen Tätigkeiten Reisen notwendig sein, sind diese vorher mit der Auftraggeberin abzustimmen und gegebenenfalls abrechenbar.

§ 9

Haftpflichtversicherung

- 9.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen mindestens die in den Vergabeunterlagen und dem Angebot genannten Deckungssummen umfassen.
- 9.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Versicherung für die Dauer der Rahmenvereinbarung und der auf ihrer Grundlage abgeschlossenen Einzelverträge aufrecht zu erhalten.
- 9.3 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen der Auftraggeberin den Versicherungsschutz im vereinbarten Umfang nachzuweisen. Weist der Auftragnehmer den Versicherungsschutz nicht innerhalb von zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch die Auftraggeberin nach, ist die Auftraggeberin zur Kündigung der Rahmenvereinbarung aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 10

Vertragslaufzeit

- 10.1 Die Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagerteilung und endet zwei Jahre später. Die ordentliche Kündigung dieser Rahmenvereinbarung ist ausgeschlossen. Das Recht der Parteien zur außerordentlichen fristlosen Kündigung bleibt unberührt.
- 10.2 Die Auftraggeberin hat das Recht, diese Rahmenvereinbarung durch einseitige Erklärung zu gleichbleibenden Konditionen zweimal um ein weiteres Jahr zu verlängern. Die Inanspruchnahme dieser Verlängerungsoption hat die Auftraggeberin dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich mitzuteilen.
- 10.3 Die Laufzeit eines Einzelauftrags bestimmt sich nach der im jeweiligen Einzelauftrag vereinbarten Zeit. Ein vor Ablauf der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung abgeschlossener Einzelauftrag behält seine Gültigkeit auch über den Endzeitpunkt der Rahmenvereinbarung hinaus bis zur vollständigen Leistungserbringung.

§ 11

Außerordentliche Kündigung der Rahmenvereinbarung

- 11.1 Diese Rahmenvereinbarung kann von der Auftraggeberin vor dem Ende der Vertragslaufzeit nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes oder gemäß § 627 BGB fristlos gekündigt werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere
- (a) die drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Auftragnehmers; Zahlungsstockung gegenüber Gläubigern des Auftragnehmers, Antragstellung auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers, außer, wenn der Antrag innerhalb von vier Wochen aus einem anderen Grund als mangels Masse (§ 26 InsO) abgelehnt wird;
 - (b) wiederholte oder schwerwiegende Verstöße gegen die vertraglichen Pflichten oder allgemeine Sorgfaltspflichten;
 - (c) das Bekanntwerden von Umständen, die berechtigte Zweifel an der Leistungsfähigkeit, Fachkunde und Zuverlässigkeit des Auftragnehmers erwecken, es sei denn, diese Zweifel werden innerhalb einer angemessenen Frist vom Auftragnehmer ausgeräumt;
 - (d) wenn ein Ausschlussgrund gemäß § 57 VgV entsteht oder nachträglich bekannt wird;
 - (e) das Bekanntwerden von Umständen, die die Richtigkeit der Angaben des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Erstellung des Angebots für diese Rahmenvereinbarung in Frage stellen.
- 11.2 Vor Wirksamwerden der Kündigung dieser Rahmenvereinbarung abgeschlossene Einzelaufträge behalten ihre Wirksamkeit, es sei denn, sie werden ihrerseits gemäß § 11.1 dieser Vereinbarung wirksam gekündigt.

§ 12

Kündigung eines Einzelauftrags

Der Auftraggeber oder der jeweilige Bedarfsträger kann einen Einzelauftrag jederzeit fristlos und ohne Angabe von Gründen kündigen. In diesem Fall kann der Auftragnehmer einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen. Die §§ 627, 628 BGB finden Anwendung mit der Maßgabe, dass der Auftragnehmer nicht zur Kündigung eines Einzelauftrags berechtigt ist. Gesetzliche Rücktritts- bzw. Kündigungsrechte bleiben unberührt.

§ 13

Vertraulichkeit

- 13.1 Der Auftragnehmer sichert zu, dass seine Mitarbeiter die zu bearbeitenden Aufgaben, Informationen, Unterlagen, Daten etc. gegenüber Dritten vertraulich behandeln werden. Diese Pflicht bleibt nach Beendigung dieser Rahmenvereinbarung bestehen. Die Vertraulichkeit umfasst diese Rahmenvereinbarung sowie etwaig hierunter geschlossene Einzelaufträge.
- 13.2 Diese Vertraulichkeitsverpflichtungen gelten nicht für Informationen, (i) die sich rechtmäßig im öffentlichen Bereich befinden, (ii) dem Empfänger bereits vor der Offenlegung durch die andere Partei rechtmäßig bekannt waren, (iii) einer Partei von einem Dritten ohne Vertraulichkeitsverpflichtung rechtmäßig offen gelegt wurden, oder (iv) von einer Partei unabhängig und ohne Bezug auf die Vertraulichen Informationen der anderen Partei entwickelt wurden.
- 13.3 Die Nutzung der Beauftragung durch die Auftraggeberin als Referenz im Rahmen von Werbe- oder Marketingmaßnahmen durch den Auftragnehmer bedarf in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin.

§ 14

Datenschutz

- 14.1 Auf die Vorschriften zum Datenschutz, insbesondere nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), wird hingewiesen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle einschlägigen gesetzlichen Vorgaben zu beachten.

§ 15

Nutzungsrecht

- 15.1 Soweit rechtlich zulässig, überträgt der Auftragnehmer der Auftraggeberin die Eigentumsrechte an jedem urheberrechtlich geschützten oder nach einem sonstigen

Schutzrecht fähigen Arbeitsergebnis, das von ihm, bzw. seinen Mitarbeitern allein oder gemeinsam mit anderen im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit ausschließlich für die Auftraggeberin generiert wurde, im Zeitpunkt seiner Entstehung. Weiterhin überträgt er der Auftraggeberin das ausschließliche und uneingeschränkte Nutzungs- und Verwertungsrecht an diesen Arbeitsergebnissen. Die Auftraggeberin soll in die Lage versetzt werden, die Arbeitsergebnisse zu jedem erdenklichen, bei Vertragsschluss bekannten sowie noch unbekannten Zweck zu nutzen. Dem Auftragnehmer obliegt insoweit, sicherzustellen, dass er der Auftraggeberin diese Rechte verschaffen kann. Das Nutzungsrecht schließt die Berechtigung ein, die Arbeitsergebnisse an Dritte weiterzugeben und Unterlizensierungen vorzunehmen.

- 15.2 Mit dem vereinbarten Honorar sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an für das Projekt erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten.

§ 16

Inkrafttreten des Vertrages/Schriftform/Salvatorische Klausel

- 16.1 Der Vertrag wird mit Zuschlagerteilung wirksam. Die Unterzeichnung erfolgt nach Vertragsschluss deklaratorisch.
- 16.2 Änderungen des Vertrags nach Vertragsschluss bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abänderung der vorliegenden Schriftformklausel.
- 16.3 Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Potsdam.
- 16.4 Sollten Teile dieses Vertrages wegen Verstoßes gegen zwingende gesetzliche Vorschriften oder aus anderen Gründen ungültig sein, so verpflichten sich die Parteien, eine zulässige Regelung zu treffen, die dem ungültigen Teil inhaltlich am nächsten kommt. Die Gültigkeit der übrigen Bestandteile dieses Vertrages bleibt unberührt.

Potsdam, den

Ort, den

Auftraggeberin

Auftragnehmer

< Die Unterzeichnung erfolgt nach Vertragsschluss deklaratorisch.>